

Kurzprotokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 17.04.2018

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 20:30 Uhr

Ort: Großer Sitzungssaal Rathaus

Sitzungsleiter: Dietmar Gruchmann

Anwesend: Joachim Krause, Jochen Karl, Rudi Naisar, Bastian Dombret, Manfred Kick, Kerstin Tschuck, Josef Kink, Salvatore Disanto, Florian Baierl, Michaela Theis, Werner Landmann, Walter Kratzl, Josef Euringer, Alfons Kraft
Verwaltung: Frau Otto, Frau Kiermeier, Herr Kaiser, Herr Jakesch; Herr RA Ritzmann
Zuschauer: Zwei Zuschauer

TOP 3: (vorgezogen) Wohnungsvergabe der Mietwohnungen im Kinderhaus Untere Straßäcker - erneute Vorlage

Es geht um die Frage, ob die Wohnungen als Werkwohnungen vergeben werden können. Im Februar wurde der Punkt zurückgestellt, um die Vergaberichtlinien zu überprüfen. Herr Ritzmann erläutert, dass ein Werkmietvertrag gekündigt werden kann, wenn das Arbeitsverhältnis endet und die Wohnung für einen anderen Bediensteten gebraucht wird. Ein Zeitmietvertrag bringt keinen Vorteil, so dass ein normaler Mietvertrag für Angestellte anderer Arbeitgeber (Caritas etc.) gewählt werden sollte. Eine rechtlich wirksame Koppelung an das Arbeitszeitende ist nicht möglich.

Bastian fragt, ob eine Erwartungshaltung in der Präambel formuliert werden könnte. Herr Ritzmann erwartet davon nur Streit. Rudi möchte, dass die Fristen für die Angestellten der Stadt die gleichen sind wie für Mitarbeiter anderer Träger. Herr Ritzmann antwortet, dass es nur in besonderen Fällen verkürzte Fristen für Werkmietverträge gibt. Herr Disanto fragt nach möglichen Strafzahlungen. Staffelmieten sind nach Auskunft von Herrn Ritzmann wegen der Förderung nicht erlaubt. Bastian fragt, ob es einen Gehaltsrabatt geben könnte, aber das ist arbeitsrechtlich fragwürdig.

Der Beschlussvorlage, die Richtlinien für die Wohnungsvergabe zu beschließen, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 1: Antrag auf Kostenübernahme für geplante offene Ganztageschule in Hochbrück

Es soll dem Wunsch der Eltern nach einer offenen Ganztageschule gefolgt werden. Die Stadt muss wieder für Aufgaben zahlen, die der Staat verspricht. Die offene Ganztageschule muss außerhalb des Schulgebäudes in der ehemaligen Kreissparkasse stattfinden. Frau Kiermeier erläutert, dass das Personalbudget des Staates bei keinem Träger ausreicht, so dass der Rest von der Stadt gezahlt werden muss. Das Budget beinhaltet keine pädagogische Betreuung, sondern nur die Beaufsichtigung. Dietmar hofft, dass die Möglichkeiten von den Eltern auch genutzt werden. Frau Otto erläutert, dass Hortkinder den Weg alleine zurücklegen dürfen, die offene Ganztageschule ist aber eine Schulveranstaltung, so dass Lehrer oder Mitarbeiter des Trägers die Kinder begleiten müssen. Da es zu wenig Lehrer gibt, muss die Begleitung der Kinder durch den Träger erfolgen. Ein Hort, nach dem Rudi fragt, bräuchte Fachkräfte, die kaum zu finden sind. Frau Theis fragt nach dem Bedarf von 2 Gruppen, Frau Otto antwortet, dass 30 Eltern Interesse bekundet haben, es gibt aktuell 17 Anmeldungen. Zudem ist der Hort der Kirche überbelegt. Frau Otto rechnet mit 26 Kindern.

Der Beschlussvorlage, das Defizit bis zu einer Höchstgrenze zu übernehmen, wird einstimmig zugestimmt.

TOP 2: Antrag der CSU Fraktion- Mittagsbetreuung, Schulausbau und Schulwegsicherheit

Frau Otto berichtet, dass bei der Mittagsbetreuung, dem Hort St. Severin und der Ganztagesklasse die Plätze knapp sind und Anstrengungen unternommen werden müssen, den Bedarf zu decken. Nach derzeitigem Stand werden im kommenden Schuljahr etwa 30 Plätze fehlen werden. Die Stadt bemüht sich aber um Abhilfe.

Frau Theis fragt nach der Schule Ost, wo aber die Situation aber nicht so dramatisch ist. Bastian fragt nach dem Personal, falls die räumliche Situation entschärft werden kann. Frau Otto berichtet, dass die Kräfte gleich nach der Prüfung eingestellt werden. Herr Euringer fragt nach der Organisation der gebundenen Ganztagesklassen, die nach Frau Otto vier Jahre bestehen bleiben.

Herr Disanto beklagt die entstandene „katastrophale“ Situation. Er appelliert an die Stadt, alles zu tun, um die Situation zu entschärfen. Dietmar betont, dass die Ganztageschule ein erweitertes Angebot braucht, dafür die Stadt aber nicht zuständig ist.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

TOP 4: Mitteilungen aus der Verwaltung

Keine.

TOP 5: Sonstiges; Anträge und Anfragen

Rudi schlägt vor, das städtische Archiv neu zu ordnen und dafür Personal bereitzustellen. Dietmar hält es für möglich, dass eine Stelle dafür nötig wird. Herr Kraft pflichtet Rudi bei.

Herr Kratzl hält im Augustiner eine gewisse Brandgefahr für gegeben und möchte die Unterlagen digital sichern. Das Archiv ist aber nicht im Augustiner, sondern im Rathaus.

Für das Protokoll: *Joachim Krause*